

erkären, daß die Etschdowlawaki in einen Dakt aufgenommen wird, zu dem je ihrer geographischen Lage nach nicht gehört und der Polen dazu verpflichtet würde, diesem unangenehmen Nachbarn die Sicherheit des Bestes von Gebieten zu garantieren, auf die das beschränkte Ungarn diskutable Ansprüche erhebt. Weiter kann Polen kein Interesse daran haben, daß durch den Dakt sein Verhältnis zu Deutschland wieder getrübt wird, dessen Normalisierung der wichtigste Erfolg seiner bisherigen selbständigen Außenpolitik ist. Und schließlich muß Polen es ablehnen, die durch den Dakt zum Nachteil seiner militärischen Kräfte in Fällen verpflichtet zu lassen, an denen es nicht unmittelbar interessiert ist. Ein Verzicht

auf diese Vorbehalte würde eine Kapitulation vor Frankreich bedeuten. Auf der anderen Seite aber würde ein Eingehen auf diese Vorbehalte für Frankreich einen Verzicht auf den alten Führungsanspruch gegenüber Polen bedeuten. Nach polnischer Auffassung handelt es sich bei dem gegenwärtigen Gegensatz zwischen Warschau und Paris nur um eine Vertrauenskrise. Nach französischer Auffassung aber liegt hier ein diplomatischer Bruch am Tage. Und es ist zu erwarten, daß Polen meint, Frankreich müsse sich zu dem selbständig gewordenen Verbündeten Vertrauen haben. Frankreich aber meint, Polen müsse sich fügen. Dr. Kredel.

Polen — die polnische Aufgabe.

Polen ist der dünnst besiedelte Landesteil Polens und zugleich die Wohnsiedlung des polnischen Staates, die nach dem Ausweis der Volkszählung von 1931 den geringsten polnischen Bevölkerungsanteil besitzt. In den Kreisen Drobiczyn, Kamien Koszajki und Kobryn wohnt es nur 7,1, 7,0 und 8,7 v. H. Polen; in keinem anderen Kreise außer Dżez-Łitomsk liegt der polnische Bevölkerungsanteil höher als 10, 15 oder 16 v. H. Die übrigen Landesteile sind Ödland, ein Sumpfgebiet, eine lichte Baumfläche und großflächige Kolonisations- das riesige Sumpfbiet, das über die polnischen Wohnsiedlungsgrenzen in die Nachbarmehrsiedlungen Wolhynien und Romogrodok hineinreicht, hat es bisher kaum gegeben.

Polen, d. h. Waldland, reicht als geographische Einheit im Westen — zwischen Dżez-Łitomsk und Włodawa — bis an den Bug, auf dessen westlicher Seite es in den lumpigen Niederungen der Wohnsiedlung Lublin in Richtung auf Sokolow, Łukow und Cholm seine Fortsetzung findet. Im Süden wird die Landschaft Polens etwa von der Linie Włodawa am Bug — Kowel — Romogrod-Wolynsk und im Norden etwa von der Linie Dżez am Bug — Roslawo — Sławk — Kocagom am Dniestr begrenzt. Nach Norden und Süden reicht Polens durch mehrere Flußtäler in die anders gearteten Landschaften des westrussischen Sibirgenz, dem der polnischen Seite hin. Mit seiner schmälsten Seite leitet sich der Bug an den Bug und es weitet sich von hier aus nach Osten. In ihrer größten Längenausdehnung (Bug—Dniestr) erstreckt sich die polnische Landschaft über 450 Km. Davon beträgt etwa die Hälfte der Strecke zu Polen, die andere zur Sowjetunion. Im Meridian von Dżez, der Hauptstadt des Sumpfbietes, ist die Landschaft Polens etwa 230 Km. breit.

Das Land stellt eine breite, schiffelartige Vertiefung dar, deren tiefste ost-westlich verlaufende Furche der Dżez ist, der von zahlreichen größeren und kleineren Wasserläufen gespeist wird. Polens ist das größte Sumpfbiet Europas. Etwa zu gleichen Teilen wird es von nasser Waldmoosis, von ungarischen Sümpfen und süssen Gewässern oder produktiven Landstrichen gebildet. Diese letzteren sind meist Wälder, weiches der Wald, der wegen der feuchten Luft nicht über 100 Meter hoch werden kann. Die Unterschiede sind gering, bis 20 oder höchstens 50 Meter. Die Flüsse und Gewässer fließen träge dahin; das Land ist mit einer Menge kleiner Seen und Cümpel durchsetzt, den Wäldern des einst aus den Schwefelquellen das zurückgehenden Eises entstandenen Inlandsees, der sich heute verflumpft und verlandet, als die Landschaft Polens darstellt.

Die Ursache für das Fortbestehen des Sumpfbietes der Landschaft ist darin zu suchen, daß im Norden und Süden des Einzugsgebietes der polnischen Flüsse Schneeschmelze- und Sommerregenperioden zeitlich nicht zusammenfallen und alljährlich vier Hochwasserperioden eintreten. Diese letzteren sind meist Wälder, weiches der Wald, der wegen der feuchten Luft nicht über 100 Meter hoch werden kann. Die Unterschiede sind gering, bis 20 oder höchstens 50 Meter. Die Flüsse und Gewässer fließen träge dahin; das Land ist mit einer Menge kleiner Seen und Cümpel durchsetzt, den Wäldern des einst aus den Schwefelquellen das zurückgehenden Eises entstandenen Inlandsees, der sich heute verflumpft und verlandet, als die Landschaft Polens darstellt.

Im Westen und Norden Polens herrschen Laubmoore und Wald vor. Nach Süden und Osten nehmen moosige mit Sekrapp besamene Sumpfbiet zu. Große Strecken sind ganz unangenehmes Weidland, die zu Gebiete zwischen dem oberen Dżez auf der einen, Muchamier, Königskanal und Pina auf der anderen Seite, so ferner die offenen Sümpfe am unteren Goryn und zwischen Jasiolba, Sycara und Słutsk. Im unangenehen Norden steht dort das Wasser in Wald, Bruch und Moor. Neben hochstammigem Sumpfbiet, der aus Kiefern und Birken besteht, findet sich niedriger und düstere Bruchwald von dufstigen unregelmäßigen Wäldern. Die Luft ist von Schwärzhölz dunstig und schwer. Sumpfbiet der großen Moore, Schwefelheit der Wälder. Im Sommer macht die Mücke plage den Aufenthalt zur Qual. Die für die Siedlungen der Menschen sind rückständig und ärmlichen Siedlungen der Menschen sind rückständig und ärmlichen

lich, Strichweife über das Land verteilt. Sie schließen sich dem höher gelegenen, nicht so sehr vom Wasser heimgelesenen Waldstrichen an. Trotz der dünnen Bevölkerung ist Polens in den besonders heißen Jahren ein landwirtschaftliches Zuliefergebiet. Nicht selten tritt in den verkehrsfernen Siedlungen Nahrungsmangel ein, der sich in besonders schlimmen Jahren zu mitleidiger Hungersnot steigert. Die Hauptbeschäftigung der kulturell noch weit zurückgehenden, durchweg armen Bevölkerung besteht in Viehwirtschaft, Holzarbeit, Holzflechterei und Fischerei.

Die polnische Landschaft ist noch heute ein kaum bebautes Verkehrsproblem. Von den großen Verkehrsstraßen sind die umgangeenen Verkehrswege Polens folgen mit Verwirre den Landstraßen, die sich nicht nur nicht, sondern sind anorganischen Hindernissen, die das Sumpfbiet hineinziehen und sich wie flache Inseln in dessen Mitte erheben. Es sind dies Anhöhen von der Flüsse oder Windberühungen, die sich bis zu 30 Meter über das Meer oder überhaupt nicht verkehrsgemäße Weidland erheben und die, von einer dünnen Humusdecke bedeckt sind. Solche höckerige, für Siedlung und Verkehr besser geeignete Halbinseln, die sich von den Rändern her in das Sumpfbiet des Dżez hinein erstrecken, sind z. B. die Hügelandschaft von Jagorob, das „Gartenland“ zwischen Jasiolba und Königskanal, an dessen Südspitze Pina am Dżez liegt, weiter die von Norden vorragende Canbunge, auf der Pinaromiti sich ein Sumpfbiet befindet. Im Süden erstreckt sich ein solcher Sandbühl von Lubomil über Kowel am linken Stochobufer entlang bis nahe an den Dżez heran. Am mittleren Styr hebt sich eine kleinere Höhenstellung hervor und von Rlemon aus begleitet eine Kette flacher Erhebungen den Lauf des Goryn bis zu dem am Dżez. Der Zug der Halbinseln und Inseln, die sich einige Meter hoch über das verkehrs- und siedlungsfeindliche Weidland erheben, läßt sich sehr leicht auf jeder Landkarte Polens ablesen. Dann die in die polnische Landschaft vorstehenden und die durchquerenden Eisenbahnen folgen in jedem Fall diesen Inseln, langigen Sumpfbiet, die Sumpfbiet von Boronowitsch über Luniniet am Dżez nach Romne in Wolhynien und schließlich die beiden Linien, die von Kowel in Wolhynien ausgehen und von denen die eine nach Norden über den Dżez in die Bahn Bug—Pina, die andere nach Osten über Sarny am Słutsk nach Kiew am Dniestr führt.

Polens ist für Polen ein im wesentlichen noch ungelöstes Kolonisations- und Wirtschaftsproblem. Dieses Problem hat die polnische Öffentlichkeit zwar schon häufig beschäftigt. Aber zu einer wirklich großzügigen Jungangriffnahme der Melioration des Sumpfbietes ist es bisher noch nicht gekommen. Es fehlt in dem kapitalarmen Polen an den notwendigen Mitteln. Und soweit sie vorhanden sind, hat man bisher die Aufgaben für nordwärts erhalten. Auch hat eine Politik, die im wesentlichen nach Westen gegen Deutschland, gerichtet war, kein genügendes Interesse für ein solches Mittel und Menschen bindendes Kolonisationswerk im Osten aufzubringen vermocht. Schließlich fehlt man in Polen in den weiten Sumpfbietern einen natürlichen strategischen Schutz gegen den östlichen Nachbarn, einen natürlichen Schutz, den man nicht gerne missen möchte. Trotzdem bleibt die Trockenlegung und Kultivierung der polnischen Sümpfe für Polen eine Notwendigkeit. Polens ist für Polens das selbe, was die pontinischen Sümpfe für Italien sind: die große Aufgabe, an deren Bewältigung der Staat und das Volk ihre kolonialistische Kraft zu erweisen haben. Nicht in den Sumpfbietern, wo schließlich das Getreide jahrhundertlangenen Arbeit eines anderen Volkes nur übernommen und fortentwickelt zu werden braucht, sondern in einer Wildnis, die Polens, wo nur die eigene Fähigkeit entscheidet, daß Polen seine Bewährungsprobe ablegen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Projekt, über das das Wiener „Słowo“ vor einiger Zeit einmal berichtete: Die polnischen Juden haben Interesse für das polnische Land. Bereits im Jahre 1932 lag auf einer Versammlung jüdischer Kreise in Warschau der Plan gefaßt worden, 200.000 jüdische Familien aus den Städten aufs Land zu verpflanzen und sie nach Möglichkeit in einem geschlossenen Siedlungsgebiet, eben in Polens, anzusiedeln. Die an dieser Versammlung beteiligten jüdischen Kreise sollen sich bereit erklärt haben, die Melioration des Gebietes zu finanzieren, sofern sich der

polnische Staat seinerseits bereit erklärt, 66 o. H. des meliorierten Landes unter die Juden aufzuteilen. Dieser Plan wurde und wird auch heute noch in jüdischen Kreisen Polens durchaus ernsthaft erogen. Es ist freilich nicht anzunehmen, daß es, so verlockend auch das Sinnerzeugungsangebot sein mag, auf polnischer Seite Anklang finden wird. Denn der Plan geht offensichtlich noch weiter, als es offen ausgesprochen wird; die geschlossene Anbindung von etwa 1 Million Juden an ein sozial darstellendes Gemeinwesen im östlichen Polen würde die Bildung einer „rasse- und volkreicher Provinz“ innerhalb des polnischen Staates bedeuten, die politisch zweifellos sehr stark nach Somersetshires neigen, also ein neues irdentümliches und reaktionistisches Problem aufwerfen würde. Außerdem spielt bei diesem Plan wohl auch die Absicht mit, den gesamten so jetzt russischen Handel mit Polen und dem übrigen Westen über diesen „Judenstaat“ zu leiten. Das sind alle Gedanken und Möglichkeiten, mit denen kein Pole sich befremden könnte.

Einer der wichtigsten Bestandteile des Gedankens einer Eroberung der polnischen Wälder ist der bekannte politische „Prolet-Studnicki“. Dieser hat seine Ansichten über die Frage in einer „Schrift „Die östlichen Gebiete, ihr Wirtschaftszustand und ihre Entwicklungsmöglichkeiten“ niedergelegt. Einem Bericht des „Sowmo“ vom 17. August d. J. zufolge sind die wesentlichen Gedanken Studnickis folgende:

Die meisten Ostsgebiete seien das naturgegebene Kolonisationsgebiet Polens, wofür schon allein die Tatsache spreche, daß der Osten frohen sechs flächenmäßigen Anteils in Höhe von 34 o. H. der Gesamtbevölkerung Polens nur kaum 20 o. H. der Bevölkerung von ganz Polen beherberge. „Von allen östlichen Weidemörschaften ist das wichtigste Kolonisationsgebiet die Weidemörschaft Polensien, die nach der Eroberung den fruchtbarsten Boden besitzen wird und die im Vergleich zu anderen östlichen Weidemörschaften verhältnismäßig besser mit Eisenbahnlinien versehen ist.“ Sie besitzt außerdem den geringsten Prozentsatz polnischer Bevölkerung. Infolge der augenblicklichen binnenn Bedrohung Polensien ist die Erreichung einer polnischen Mehrheit durch Kolonisation nicht schwer möglich, da diese Weidemörschaft rund 15 Einwohner nichtpolnischer Nationalität auf den Quadratkilometer besitzt und die Erhöhung der Bevölkerungszahl bis zu 40 Einwohnern möglich ist. Die Krakauer und Kieler Weidemörschaft müßten aus der Natur der Sache die Kolonisten für den Osten liefern. Viele beiden Weidemörschaften besitzen die größte Anzahl kleiner und Zwerggehörlter mit einem Bestiz bis zu 2 Hektar oder von 2 bis 5 Hektar und am wenigsten größeren Bestiz über 100 Hektar.

Die Bank Poljski müßte die Vollmacht und die Möglichkeit zum Erwerb ländlicher Siedlungen erhalten. Der aufgekaupte Grund und Boden in den Weidemörschaften Krau, Kieler u. a. m. müßte durch Vermittlung der Bank an die Bauern des jeweiligen Dorfes weiterveräußert werden. Für den erhaltenen Erlös könnten die Bauern, die ihren Grund und Boden verkauft haben, durch Vermittlung dieser Bank bedeutend größeren Vorkredit im Osten erwerben. Was die ukrainischen Bauern aus dem östlichen Kleinpolen und Wolhynien betrifft, so müßte man deren Auswanderung nach Kanada und Brasilien unterstützen (3). Die Requisition anderer jüdischer Streiter des Mittelalters mit Ausland an die Ostsgebiete, eines Streiteres, der 15 Kriege und 3 Aufstände erlebt hat, ist in zwei Fällen möglich: Erstens durch die Kolonisation und Assimilierung, wodurch die russischen Ansprüche auf dieses Land durch das Verschwinden der Faktoren, die das ethnographische Material für Ausland liefern könnten, umhinde würden. Die zweite Möglichkeit ist die Requisition des „Polentums in diesem Vorkredit.“ Die erste stärkt unsere Macht, die zweite macht uns zu schwach, um eine tatsächliche Unabhängigkeit zu erlangen.“

Die militärische Bildung, mit der die polnische Regierung bis-

her die Kolonisation und Polonisation der Ostsgebiete des Staates versucht hat, lebt Studnicki als untauglich ab. Man habe zu wenig Wert auf landwirtschaftliche Schule gelegt, dem Militärsoldat keine entsprechende Hilfe gewährt und dadurch ihre übermäßige Verschuldung begünstigt. Viele polnische Siedler bemittschaffen ihre Wohnung nicht selbst, sondern verpackten sie an die ortsanfälligen und meist fremdstämmigen Bauern. Man habe eine eigene organisierte Siedlungsbewegung durchzuführen durch die Mittel der ortsanfälligen Bauern nicht gewagt, die bisherigen Bemühungen der polnischen Regierung seien die bisherigen Bemühungen gewesen. Unterstellt ist auch, was Studnicki über die Notwendigkeit und die Methoden der jüdischen Kolonisation in Ostpolen jagt: „Auser der ländlichen Kolonisation muß auch Wert auf die städtische Kolonisation unseres Ostens gelegt werden. Von Wichtigkeit wäre es, in die östlichen Städte ein Bürgertum aus dem ehemaligen preußischen Teilgebiet zu verpflanzen. Die Posen- und pommerellischen Städte sind mit diesem Element überflüssig, das mit Erfolg in den Ostsiebten verwendet werden könnte, um die Verbreitung der jüdischen Kolonisation aufhalten zu können.“

Ob Polen sich zu einer jolch' gemaltigen Gemeinschaftsleistung, wie es die Eroberung und Versteigerung des polnischen Sampergebietes sein würde, wird aufstehen können? Ob es die psychologischen Voraussetzungen für eine solche kultivatorische Eroberung besitzt? Die bisherige Tendenz des polnischen Entwicklungsbranges, die ausschließlich nach Westen gerichtet war, ist nicht geeignet, in dieser Hinsicht optimistisch zu stimmen. Der psychologische Grundzug dieses polnischen Branges nach Westen ist, trotz Dingen — der des möglichst in möglichst geringem Ausmaß, nicht aber in der Richtung des Westens, zu sein. Es ist leichter, eine Million Menschen aus dem Lande zu drängen und sich in vorgemachte Keller zu setzen, als durch eine Arbeit, die den vollen Einsatz eines Volkes erfordert, eine Provinz materiell und kulturell auf eine höhere Stufe zu heben. Der Himmels Studnicki auf die Zweckmäßigkeit der Ansetzung von Bürgern aus den ehemals preußischen Gebieteilen in den Ostweidemörschaften Polens ist sehr begründet. Es liegt in dieser Feststellung ein bewußtes Eingeständnis des Mangels an kolonialisatorischen Kräften in dem Teil der polnischen Bevölkerung, der nicht durch die preußische Schule gegangen ist. Studnicki macht daran geltend haben, daß auch die Kolonisation des altpolnischen Reiches erst durch deutsche Menschen in sich gebracht worden ist, daß ein sehr erheblicher Teil des damals die „historischen Ostmarken“ kolonisierenden „Polentums in Wirklichkeit — polonisiertes Deutschum war, in dem noch die kolonialisatorische Kraft des mittelalterlichen „deutschen Branges nach Osten“ fortwirkte. Die polnischen Könige haben es damals trefflich verstanden, dieses ethnographisch deutsche Element in den Dienst ihrer polnischen Sache zu stellen. Und vielleicht hat sich Studnicki auch daran erinnert, daß die Menschen, die in den letzten Jahrhunderten, nicht nur sich allein gestellt, mit einer besundersmernten Sägigkeit den größten Erfolg in der Erschließung der in der Weidemörschaft Wohnigen gelegenen Randgebiete Polensien errungen haben, die — deutschen Kolonisten gewesen sind. Dagegen wird man sagen können, daß die Polen in ihrem neuen Staate bisher noch nicht bemiesen haben, daß sie fähig sind, ihre Ostweidemörschaften zu kolonisieren. Polnische Publizisten klagen immer wieder darüber, daß in fast allen Teilen Ostpolens das fremde Volkstum, Ukrainer, Litauer und Weißrussen, gegenüber dem „Polentum in den Vorkredit“ sind, daß die staatlichen Siedlungsversuche dieser rückfälligen Elemente des staatsfernen Volkes nicht Einhalt zu bieten vermocht haben, daß Polen somit auf dem besten Wege ist, seine Vorkredite, die es als Staat besitzt, die es als Volk zu verlieren. Die Aufgabe, die Polen im Osten erwartet, kann nicht nebenbei gelöst werden; sie erfordert den vollen Einsatz einer disziplinierten und operativen Nation. Sie wird sicherlich solange ungelöst bleiben, als der „Brang nach Westen“ im politischen Denken des polnischen Volkes vorherrschend ist. Dr. Kriebel.

Die Entdeckung der Deutschen in Polen.

Die neue Haltung der deutschen Volksgruppe.

Unter der Überschrift „Die Auswanderer“ veröffentlichte die „Kattowitzer Zeitung“ am 3. November einen beachtenswerten Artikel, der die allmähliche innere Umwälzung der deutschen Volksgruppe in dem ehemals preußischen Teil Polens nach der neuesten Auffassung der Zeit darstellt. Das Blatt stellt zunächst fest, daß sich in letzter Zeit unter den oberbergschlesischen Deutschen erneut eine starke Abwanderungsbewegung zum Reich bemerkbar gemacht hat, die wohl zum großen Teil durch die Massenrückwanderungen deutscher Arbeiter und Angestellten ausgelöst worden sein mag. Wer sind diese Auswanderer? „Irgt die „Kattowitzer Zeitung“, und sie gibt die Antwort darauf: „Es sind in der überwiegenden Mehrzahl Menschen im vorkreditlichen Lebensalter, Menschen, deren Kinder und Angehörige im Reich — meist im oberbergschlesischen Industriegebiet, dem hauptsächlichsten Ziel auch unserer Auswanderer — leben, und die, nach den Gründen ihrer Erweidens befragt, immer wieder angeben, daß es sie zu den Östern zieht.“

Wenn in der polnischen Öffentlichkeit unter Hinweis auf die Auswanderer oft nämlich von den „landfremden Deutschen“ gesprochen werde, die jenseits eines Tages ihre Köpfe pocken, um nach Butthen zu fahren“, und dadurch die geringe Verwurzelung des Deutschums in dem Boden Oberbergschlesiens bewiesen, so werde die Zukunft ermitteln, wie weit diese „Besiedlungen“ sind, denn die Zahl der Auswanderer werde Oberbergschlesien niemals verlassen. Dann fährt die „Kattowitzer Zeitung“ fort:

„Die Frage des Auswanderns oder des Auswanderns ist im wesentlichen bereits eine Frage der Generationen. Dieser Entschluß scheidet die Älteren, die noch im Deutschen Reich betrogenen sind und in seinen Grenzen als Männer geriekt haben und denen ein Leben als Deutsche ohne Deutschland schwer vorstellbar scheint, von den Jungen, die von anfänglichen starken Erleben des Grenzlanddeutschtums nun zu gelingen Typus des reinen Auslanddeutschtums gelangt sind.“ Das ist eine Entdeckung, die man besonders in dem nach außen immer noch so wenig abgeschlossenen Oberbergschlesien nicht so heute auf morgen erwarten konnte, die eine

innere Umstellung erforderlich, die der Jahre bedürfte — und nicht mehr bei jedem möglich war. Aber wer objektiv sehen will, muß feststellen, daß trotz der Kette der Ereignisse das deutsche Mutterland mit seinen starken und natürlichen Einflüssen allen Gebieten aus westlichen östlichen Polens in Polen, trotz der Verleumdungen und trotz der engen persönlichen Beziehungen der Deutschen Polnisch-Schlesiens zu Menschen und Dingen des Reiches, — daß sich trotzdem diese Umstellung bei den Lebenden in einem Maße und in einer Eile vollzogen hat, das die Verpönderung durch das polnische Staatsvolk mit gutem Recht fordern kann. Wenn diese Lebenden ihre Blicke über die Bemerkungen ihrer Heimat hinausrichten, dann schauen sie nicht mehr nur nach Brühen. „Ain, sie sehen immer mehr nach den anderen Gebieteigenen Polens und ihren Deutschen Untertanengruppen, die ihnen bis heute kaum ein nennenswertes Verhältnis zu sich selbst und zu den Deutschen in der Entwicklung klar, dann werden die vielen Auswanderungen deutscher Volksangehörigen, so schmerzlich sie auch sein mögen, keine Katastrophenstimmung aufkommen lassen, sondern wird sich die Überfahrt festigen. Solche Erkenntnis in den Reihen unserer Minderheit aber bedeutet noch längst nicht, daß sie denen, die von uns gehen wollen, den Freispaß ausstellt. Bleibt den einen der Kampf um die Gehaltung der deutschen Zukunft in Polen, so bleibt für die anderen die Pflicht, zu ihnen zu gehen und sie zu stärken durch ihren brüderlichen Beistand!“

Pant wird beibringen.

Der Verband Deutscher Katholiken wurde vor über einem Jahrzehnt von Streibich am Reichstag in der Schulrat Szepienick begründet. Er hat sich von Oktoberher ab immer noch heute noch in dem überwiegend katholischen Deutschland sein Schwergewicht liegt, über andere polnische Vandestelle, Polen-Pommereilen und Galizien, ausgebreitet. Heute ist der Vorsitzende des Verbandes, und zwar nicht etwa deshalb, weil das Eindringen nationalpolnischlicher Erneuerungsgedanken eine Spaltung im katholischen Deutschland herbeigeführt hätte, sondern weil sich eine Klique von Leuten, die sich um den Senator Dr. Pant gruppiert, dem national und spontane Mitarbeiter der gesamtdeutschen Erneuerung, den sich auch die breite Masse der Deutschen in Polen ohne Unterschied der Konfession nicht verschließen hat, glaubt entgegenstemmen zu müssen. Die Opposition gegen Pant ist im Deutschland aller Vandestelle Polens im Wachsen. Der von Pant und seinen kirchlichen Gesinnungsgenossen heraufbeschworene Streit lähmt die Arbeit der Gruppen. Pant gefüllt sich in der Deutschen Katholiken (jetzt Christlichen) Volkspartei und im Verband Deutscher Katholiken in der Rolle des Diktators. Er hat sich jeder Mitarbeit mit den anderen deutschen Gruppen verweigert. Eine Gemeinschaft aller Deutschen in Polen kommt für ihn nicht in Frage. Er behauptet, die Deutschen in Polen seien ein einheitliches Volk, vertrat, von Gott auf seinen „Polen“ (als Partei- und Verbandsvorsteher) berufen zu sein und geschnitten, von diesem Polen nicht freiwillig zu weichen. Er wurde aus den deutschen akademischen Zirkeln ausgeschlossen. Der Deutsche Volksbund legte auf seine Mitarbeit keinen Wert mehr. Der „Oberösterreichische Kurier“ jagte sich von ihm los. Aus dem Zentralausschuß der Deutschen in Polen wurde er entfernt. Daß die Jungdeutsche Erneuerungsbewegung mit ihm nichts zu tun hat, versteht sich von selbst. Um seine Christliche Volkspartei ist es recht still geworden. Seine „Oberösterreichische“ „Der Deutsche in Polen“ wird weniger von überlegenen Abhängigen als von neuerlichen Zeitgenossen gelesen und hat der „Polische Jahrbuch“, dem Blatt des „Wesemendens“ Druckkraft, schon mehr als einmal Anstoß gegeben, ihn als den einzig wahrhaft „logischen Deutschen“ zu feiern. Seit ist auf dem Verband Deutscher Katholiken gegen ihn in Aufbruch geraten. „Pants Rolle im Deutschland Polens neigt sich ihrem Ende. Vielleicht hat Schulchinnig noch Verwendung für ihn.“

Senator Pant hat kürzlich mit Hilfe dreier ihm gefügiger Leute, Jankowski, Durda und Barucha, einige angesehenen Vertreter der katholischen Deutschen in Ostpreußen und Polen-Pommereilen, den Schwabens, die in „Oberösterreich“ und in „Wesemendens“ Kallias, aus dem Hauptstadtkomitee des Verbandes Deutscher Katholiken ausgeschlossen. Grund: Die drei wurden ihm, dem kirchlichen Reichsführer, unbequem. Diese „autoritäre“ Eigenmächtigkeit des Herrn Pant hat in den Kreisen des „D. R.“ allenthalben Erregung und Empörung hervorgerufen. Der „Oberösterreichische Kurier“ veröffentlichte am 9. November die Schulchinnigs Verbandsmitgliedes aus Galizien, die eine passende Antwort auf das „Pantsche“ Vorgehen enthält. Es heißt in dieser Schulchinnigs a.: Wenn sich etwas Ähnliches in einer von Pant bekenntnis Organisation ereignen dürfte, dann würde Dr. Pant seiner „berechtigten Entrüstung“ wahrnehmlich etwa mit folgenden Worten Ausdruck verleihen: „Wahrlich, dem Herrn Pant ist es nicht an der gottgeweihten Priester und hohen geistliche Würdenträger verkehrt und ausgeschlossen „Autoritäres“ Führerprinzip und brutale Gleichgültigkeit und neupolnische Methoden, die einen kulturellen Verband unwiderruflich in den Abgrund treiben müssen.“ Dann heißt es in der Schulchinnigs weiter: „Die derzeitige Verbandsführung steuert mit ihren Auflösungs- und Ausschlußmethoden der eigenen Auflösung des Verbandes Deutscher Katholiken zu. Das schlimmste dabei aber ist, daß die angeblich angegriffenen und gefährdeten katholische Religion mit Grund- und Verordnungen verhalten und nur zu oft den Unbekannten herbeigeholt und der besten Masse der polnischen Bevölkerung schädlicher zu machen. Kann sich ein Verbandsleitung überhaupt noch katholisch und deutsch nennen, die ehrenwerte,

deutsche Geistliche nur deshalb auszuscheiden magt, weil diese ganz berechtigterweise mit der Person des ersten Vorsitzenden nicht mehr einverstanden sein können und verabschieden wollen, daß Politik in den Verband hineingetragen wird? Die überbrückende Mehrheit der Verbandsmitglieder verlangt daher mit Recht den sofortigen Rücktritt der Verbandsleitung und die Wahl eines neuen, vom vollen Vertrauen aller abgetesteten Bezirksverbände und Ortsgruppenleiter ergründeten Gesamtverbandes... Gerade in diesem Jahre wäre die Generalversammlung des Gesamtverbandes notwendig als in allen anderen Jahren gewesen, um ein Bild von der Stimmung der Verbandsmitglieder in den verschiedenen Vandestellen Polens zu erhalten und vor allem, um auch der immer größer werdenden geistlichen und materiellen Not durch wirksame Maßnahmen zu lehren. Es ist geradezu kläglich, wenn man aus Angst vor einer etwaigen „Klischee“-Mede im Rat einfach die bisher alljährlich regelmäßig stattfindende Hauptversammlung latentemäßig nicht einberuft und erst durch einen Antrag dazu gezwungen werden muß. Die auf Grund der Statuten bereits durch die vorchriftsmäßige Zahl von Hauptverbandsmitgliedern beantragte Hauptversammlung des Gesamtverbandes wird unter der Voraussetzung, daß die Zusammenkunft ihrer Delegierten ordnungsmäßig erfolgt, eine klare und deutliche Antwort auf die Zerstückelungsarbeit der jetzigen Verbandsführung geben. Sie wird auch den Ausschluß, dem Herrn Dr. Pant, Marret Kallias und Schulrat Dadek durch Vorlegung der Statuten und ihnen das uneingeschränkte Vertrauen aussprechen. Die Hauptversammlung wird aber auch die Herren Dr. Pant, Jankowski, Durda und Barucha zur Verantwortung zu ziehen haben für ihre latentemäßigigen Ausschluß- und Auflösungsmaßnahmen. Sie wird endlich über Maßnahmen beraten müssen, um den alten, traditionellen „D. R.“-Geist als Hort katholischen Glaubens und deutschen Volkstums neu erstehen zu lassen, damit tatungsgemäß im Geiste seiner Gründer der Verband Deutscher Katholiken allen politischen Weltreibungen völlig fernsteht und wieder zu neuem Wüthen und Gedeihen gelangt.“

„Rat der Deutschen in Polen.“

Der „Zentralausschuß der Deutschen in Polen“ beschloß am 16. Oktober, an Stelle des bisherigen „Zentralausschusses“ den „Rat der Deutschen in Polen“ als Spitzenorganisation für das Deutschland in Gesamtpolen ins Leben zu rufen. In der Sitzung des „Rates“ (Riemiecka Rada Karoobna) heißt es:

I. Der Rat der Deutschen in Polen ist die Spitzenorganisation der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität in Polen. Sie des Rates der Deutschen ist die Landesoberhauptstadt Warschau.

II. Der Rat der Deutschen in Polen hat die Aufgabe, innerhalb Polens der Zusammenkunft aller deutschen Volksangehörigen herzustellen und die wichtigsten Angelegenheiten der deutschen Bevölkerung in politischen Belangen wahrzunehmen und die allgemeine Linie für die Politik der Deutschen in Polen im engsten Einvernehmen mit den jeweiligen Abgeordneten und Senatoren zu bestimmen.

Der „Rat der Deutschen in Polen“ vertritt die Deutsche Volksgruppe in Polen im Verbands der deutschen Volksgruppen in Europa. Er bestimmt die Vertreter aus Polen für gesamtdeutsche Tagungen und internationale Kongresse und gibt ihnen Richtlinien.

III. Die einzelnen Gebiete Polens entsenden zwölf Delegierte in den Rat der Deutschen in Polen, und zwar: Schlesien 4, (davon oberösterreichischer Teil 3 und Schwabener Teil 1), Polen 2, Pommereilen 2, Kongresspolen 2, Kleinpolen 1, Wehquien 1. Außerdem ist der Rat der Deutschen in Polen berechtigt, aus dem Gesamtgebiet Polens bis zu 2 Mitglieder zu berufen und Sachverständige für seine Beratungen heranzuziehen. Die jeweiligen Abgeordneten und Senatoren haben im Rat der Deutschen Sitz und Stimme.

Der Rat tagt mindestens viermal im Jahre und wird vom Vorsitzenden einberufen. Zu Antrag von mindestens 5 der Mitglieder der Volksgruppe wird der Rat zu einer außerordentlichen Versammlung einberufen. Der Rat ist beschlußfähig, wenn 5/6 seiner Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse des Rates werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. In eigener Angelegenheit eines Ratsmitgliedes darf dessen Stimmrecht.

Der Rat der Deutschen in Polen wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und zwei weitere Mitglieder, die zusammen den Vorstand bilden. Der Vorsitzende wird auf drei Jahre gewählt, die Amtsdauer der zwei weiteren Mitglieder beträgt ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorsitzende beruft den Vorstand nach Bedarf, er beruft die Versammlung des Rates und vertritt den Rat der Deutschen nach innen und außen.

Die Anstellung eines Geschäftsführers ist Sache des Vorstandes.

IV. Ratsmitglieder, die den Grundsätzen und Zielen des Rates der Deutschen oder dessen Beschlüssen widerhandeln oder sich eine ehrenrührige Handlung zuschulden kommen lassen, können ausgeschlossen werden. Ein solcher Beschluß erfordert eine Zweidrittelmehrheit des gesamten Rates.

V. Die Unkosten des Rates der Deutschen in Polen werden durch Umlage auf die einzelnen Gebiete und durch freiwillige Spenden aufgebracht.

Das Pilsudskisystem und die Opposition.

Kritik im Sejm.

Seit den Wahlen von 1930 haben die Parteien in Polen nur noch einmal im Jahre Gelegenheit, ihre Stellungnahme zur Politik der Regierung vor dem Parlament mit aller Offenheit darzulegen. Es ist dies bei der alljährlichen Beratung des Staatshaushalts. Sogar wird das Parlament von der polnischen Regierung nicht mehr in Anspruch genommen. Der polnischen Regierung, ja der die Oppositionsparteien die Budgetberatung zu benutzen pflegen, ist zwar keine praktische Bedeutung beizumessen; denn brauchbare Vorschläge, wie man es besser machen könnte, werden in der Regel bei dieser Aussprache nicht gemacht, und die Kritik, die von der Opposition an der Arbeit der Regierung geübt wird, ist wenig geeignet, diese zu einer Änderung ihrer Politik zu bestimmen. Bemerkenswert in politischer Hinsicht ist die Budgetausprache nur noch insofern, als sie einen gebirgten Überblick über die Haltung der verschiedenen Parteien gibt.

Das Ergebnis der Aussprache im Sejm, die am 8. November stattfand, ist dieses: die Regierung hat unter den Oppositionsparteien als solchen keine moralischen Erhebungen gemacht. Wie es mit der Wählerkraft steht, ist nicht bekannt. Jede Gruppe behauptet von sich, die Massen hinter sich zu haben. Aber in Wirklichkeit wohl darüber nicht niemand Bescheid. Auch die letzten Gemeinderatswahlen können in dieser Hinsicht kaum als Maßstab herangezogen werden. Vor allem die Nationaldemokraten, die Christlichen Demokraten und die Sozialisten geben ihre kompromißlose Gegnerhaftigkeit das Pilsudskisystem zu erkennen. Ihre Sprecher, die Abg. Ryborski, Cempka und Gielinski, haben kein einziges anerkennendes Wort für die Politik der Regierung. Etwas zurückhaltender in der Kritik zeigte sich der Sprecher der Wählerlosen Volkspartei, der Abg. Rog, der sich wenigstens zu dem Zugeständnis bereit fand, daß die Entschlüsselung der Regierung den kleinen Landwirten eine gewisse Erleichterung zu bringen vermöge.

Außenpolitische Angriffe.

Wie zu erwarten, wurde auch die Außenpolitik des Obersten Becks scharf kritisiert. Der Abg. Rog hielt es zwar für richtig, daß gute Beziehungen zu allen Nachbarn hergestellt würden; er fühlte sich jedoch durch den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zu Frankreich benutzigt, die den Fortbestand des polnisch-französischen Bündnisses, dieses Grundsteins der polnischen Außenpolitik, gefährde. Julanski glaubte darin, daß Oberst Beck dem Sejm keinen Bericht über seine Außenpolitik vorgelegt habe, eine „Stunde vor der Beratomung“ erlauben zu müssen. „An der Außenpolitik“, sagte er u. a., „solches Dinge, die niemand von uns begriff. Wir leben ein Verhältnis des Verlebens und des Vertrauens gegen die Freundschaft mit Hitler“. Ähnlich äußerte sich der christlich-demokratische Cempa: „Wir alle müssen korrekte Beziehungen zu Deutschland, was aber nicht bedeutet, daß man mit den Deutschen Brüderlichkeit schließt. Wir bebauern die franco-polnische Kampagne in den Regierungsblättern. Mit den Schweden wünschen wir freundschaftliche Beziehungen. Die Freundschaft mit Ungarn wird das Siasko unserer Politik gegenüber den Balkanstaaten nicht ausgleichen können. Unter Verhältnis zu dem östlichen Nachbarn hat ungenügenderweise eine Abkühlung erfahren ...“

Die Ukrainer üben scharfe Kritik.

Für die Ukrainer sprach der Abg. Dr. Cewicki, der sich in sehr scharfer Form mit der Minderheitenpolitik der Regierung befaßte. Cewicki war einige Tage zuvor an der Spitze einer ukrainischen Delegation beim Ministerversammlung in Kiew gewesen, um diesem die wirtschaftlichen Wünsche der ukrainischen Volksgruppe zur Kenntnis zu bringen. Wenn er dann im Sejm die Regierung mit ungewöhnlicher Schärfe angegriffen hat, so scheint daraus hervorzugehen, daß der Ministerversammlung keine zufriedenstellende Antwort gegeben wurde. Cewicki machte dem ukrainischen Volksgruppenführer (Cemicki) besonders hervor, daß die ukrainische Volksgruppe die Genfer Erklärung des polnischen Außenministers in Bezug auf den Minderheitenschutzvertrag von 1919 nicht als zu Recht bestehend anerkenne und daß sich die Ukrainer nicht das Recht streitig machen ließen, den Völkerbund weiterhin mit ihren Beschwerden in Anspruch zu nehmen.

Die Juden jammern.

Interessant und bezeichnend für die anmaßende Frechheit der polnischen Juden waren die Erklärungen des Abg. Chon von Jüdischen Klub und des dem Regierungsklub angehörenden Rabbiners Ewin. Der Chon brachte es fertig, die „Besitzung des Landes auf Rollen der Stadt“ als die von der Regierung im Angriff genommene Grundlage des Kleinbürgertums, als eine „antisemitische Maßnahme“ bezeichnen. Von der Entlassung des deutsch-polnischen Verhältnisses meinte der Chon, sie sei „eine überflüssige Rettungsaktion für Deutschland“, das durch Polen vor der völligen Zersetzung befreit worden sei. Und überhaupt, meinte der Chon, trage die polnische Außenpolitik den Gefühlen der jüdischen Bevölkerung in Polen nicht hinreichend Rechnung. Auch der Cemik beklagte die Rot

und Zurücksetzung der armen Juden in Polen und er hielt es für angebracht, die Zusage der Juden zu allen Beamtenstellungen, die Berechtigung von Krediten für den jüdischen Handel, die jüdische Schulfrage und das jüdische Handwerk zu fordern.

Die deutsche Erklärung.

Für die deutsche Volksgruppe sprach der Abg. Franz. Er setzte sich mit den Mängeln der polnischen Regierungspolitik auseinander, die sich besonders in der Behandlung des Arbeitslosenproblems, in der Sanierung des Steuerlagers, im Sozialversicherungsproblem und auf dem Gebiete der Agrarpolitik äußerte. Er meinte, daß die Deutschen in Polen ausgenutzt und nur weiterhin ausbeutet. Er wies darauf hin, daß die große Eingabe, die kürzlich von Senator Hasbach dem bald darauf ermordeten Innenminister Pieracki überreicht worden war, und verschiedene weitere Eingaben, die die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen betrafen, von der Regierung bisher noch nicht beantwortet seien. Über die polnische Außenpolitik und die Frage des Minderheitenschutzes führte der Abg. Franz folgendes aus: „Die Verständigung zwischen Polen und Deutschland hat unter den Deutschen in Polen größte Befriedigung ausgelöst. Wir begrüßen die Außenpolitik aus demselben Grund, weil es sich um unser Mutterland handelt. Wir hoffen aufrichtig, daß die von Marshall Pilsudski und Reichsminister Adolf Hitler so enthußigterkündigt begonnene Einie in klarer, weiser Entwicklung zu sinnigen, herzlichen Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Nation führen möge. Soweit wir dazu beitragen können, werden wir alles tun, um dieses Ziel zu fördern, das in hohem Maße geeignet ist, den Frieden Europas zu sichern. Es ist ein Beweis für die Vermittlung, die in Europa herrscht, daß Frankreich diese Politik mit Mißtrauen verfolgt. Es klarer diese Einie der polnischen Politik hervorzuheben, so stärker wird die Stellung Polens sein. Wir hätten geglaubt, daß Polen sich den Mächten angeschlossen, ja sie geführt hätte, die die Zukunft Polens in die Hände der Völkerbund übergeben haben. Wir halten die Gründe, die der Sprecher der Schweden gegen die Aufnahme des Pilsudskisystems vorgebracht hat, für ungenügend. Wir haben aber keinen Zweifel daran, daß die Regierung auch in Zukunft alles tun wird, um den staatsrechtlichen Einfluß des Völkervertrages zu bekämpfen.“

Weiter heißt es: „Minister Beck hat am 13. September in Genf erklärt, daß Polen sich jeder Zusammenarbeit mit den internationalen Anstalten verweigere, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt. Wir sehen nicht auf eine Unterbrechung der rechtlichen Frage ein, ob und inwieweit diese einseitige Abgabe an den Minderheitenschutzvertrag möglich ist. Jedoch hat der Außenminister gleichwohl erklärt, daß der Beschluß der polnischen Regierung keine Rücksicht gegen die Interessen der Minderheiten gerichtet sei. Diese Interessen seien und blieben geschützt durch die Grundgesetze des Staates. Wir haben immer anerkannt, daß die Staatsverfassung in den Artikeln 109 und 110 beispielhafte Lösungen der Minderheitenfrage vorzeichnet. Es fehlen aber die Ausführungsgesetze und es fehlt vor allem der Geist, die ideologischen Zulicherungen der Verfassung in die Tat umzusetzen. Wir hoffen, daß dieser Geist lebendig werde. Denn heller als je wird international die Welt daran ist die innerpolitische Lösung des Problems. Mögen der Außenminister und die Regierung die innerstaatliche Lösung des Minderheitenproblems mit der gleichen Entschlossenheit verfolgen wie die Außenpolitik. Der Staat, der dieses Problem als erster löst, wird bahnbrechend wirken und nach innen und außen eine unerwähnte Stellung erhalten.“

Das System.

Die Generaldebatte über den Haushaltsvoranschlag wurde durch eine Rede des Regierungsklubangehörten Michajlski beendet. Dem Abg. Ryborski, 3. B. antwortete er u. a. mit folgenden Worten: „In der Aussprache vor der Rede von Besthausen, Protektion und Menschenfresser. Es wurden Hunderte dieses oder jenes Statens oder dieses jungen Mannes aus der Augenlinie angeführt. Haben wir zu irgendeiner Zeit behauptet, daß es Dumme nur in der Opposition gibt? Das ist nicht wahr, sie sind auch bei uns. Waren etwa zur Zeit ihrer Reden alle Beamte intelligent, geschickt und höflich? Herr Ryborski, der dieses Problem vertiefte, ging von sprachlichen Fäulen zur Systemfrage über. Er meinte, es handle sich nicht darum, ob dieser oder jener dies oder jenes gemacht hat, und behauptete, daß das System, das wir repräsentieren, daran schuld sei. Nun: Bei Eurem System läßt der Abgeordnete Jozimski über der Regierungspartei angehört, wegen seiner Verhältnisse aber aus der Partei ausgeschieden und dem Gericht überliefert worden ist, und auf diese Banken, bei in deren ist er im Gefängnis. Im ersten Sejm hat es 290 Anträge auf Auslieferung von Abgeordneten gegeben, wovon neun bereits durchgeführt wurden. Im zweiten Sejm unter der Führung des Marischalls Dulski forderten die Gerichtsbehörden die Auslieferung von 61 Abgeordneten, von denen fünf ausgeliefert wurden. Während des gegenwärtigen Sejm wurden die Auslieferung von 36 Abgeordneten gefordert; 35 Anträge wurden berücksichtigt, und drei barren noch der Erledigung.“

Rauch um Vereja Kartjaka.

Sehr ausführlich setzte sich Oberst Miedynski mit der von den Rechtsdemokraten eingebrachten Interpellation wegen der Konzentration des Lagers in Vereja Kartjaka auseinander, das entgegen früheren Mitteilungen — wohl so bald noch nicht aufgelöst werden wird. Von oppositioneller Seite wurden wegen der Zustände im Lager schwere Vorwürfe gegen die Regierung erhoben. Die Gefangenen würden mißhandelt und schlecht versorgt. Sie hätten auf schmutzigen Strohlagern auf dem bloßen Erdboden schlafen müssen. Man hätte ihnen nicht erlaubt, Zehnbüchsen zu benutzen. Wendenlang habe man ihnen keine Seife gegeben. Sie hätten mit bloßen Händen die Aborte und Spucknäpfe nicht nur ihrer eigenen Unterkünfte, sondern auch die der Aussicht nebher müssen. Man habe ihnen nichtsgutgebekendes Brot, mürbige Erbsen und rauen Speck zu essen gegeben. Sie seien bei jeder Gelegenheit gefoltert und nach System verprügelt worden u.ä. Auf diese Angriffe ging Oberst Miedynski nicht ein; sondern er bekräftigte sich, um die Berechtigung des Lagers an sich zu beweisen, mit der illegalen Tätigkeit des nationalradikalen Lagers. Er gab dabei eine Reihe von Aufzählungen aus dem verbotenen, aber heimlich verbreiteten Blatt dieser rechtsradikalen Gruppe, der „Roma Stajeta“, bekannt. Es seien in dem Blatte 3. B. Artikel erschienen, in denen es heiße, daß die gegenwärtige Regierung keine polnische, sondern eine von Juden und Fremden gekaufte Regierung sei, die das polnische Volk zu Grunde gehen lasse in Polen keine Regierung, sondern „eine Bande von Juden und Geisteskranken“. Die Polen seien „Schwämme“, „nur Kakaoen und Henkersknochen“. Der Ministerpräsident Leon Kojomski sei Jude und heiße in Wirklichkeit Ulster Brunner. Ebenso seien Jendryeomitz und Pacioromski Juden, und der letztere sei obenrein noch ein Schwager des jetzt russischen Außenkommissars Litwinow-Sinkelstein. Die Regierungspartei habe sich des Mordes als politischer Waffe bedient. Sie habe Zamicilomski ermordet,

den Postminister Dörner vergiftet, den Innenminister Bieracki beseitigt und das misslungene Attentat auf den General Orlitz-Dresler veranlaßt. Wenn die Regierung, so fuhr Oberst Miedynski nach vielen Redensarten aus der „Roma Stajeta“, und nationalradikalen Flugblättern fort, die Träger dieser „Propaganda in Vereja Kartjaka unerschütterlich mache, so sei das „keine Vernichtung des nationalen Lagers, sondern eine Vernichtung der Anarchie.“

„Keine Surcht vor der Verantwortung.“

Miedynski ging schließlich auch auf die Angriffe ein, die gegen den Obersten Beck als den Leiter der polnischen Außenpolitik gerichtet worden waren: „Ich verleihe nicht“, so erklärte er, „mas für ein Geheimnis hinter der Politik Beck's stecken soll. Das Bündnis mit Frankreich hat keine Grundlage und keine Popularität.“ Daran sollte man nicht nur bei uns denken, sondern überall. „Im Vertrauen auf Deutschland ist ausdrücklich gesagt, daß sich durch ihn auch nicht ein Komma an den bestehenden Verträgen und Verpflichtungen ändere, und die maßgebenden französischen Kreise gehen selbst zu, daß ihnen die normale Erfüllung der Beziehungen Polens mit seinen Nachbarn keinen Anlaß zu irgendwelchen Vorstellungen gebe... Es gibt zwar Dinge, die uns beunruhigen könnten. Aber liegen die Fehler auf unserer Seite? Die polnische Politik ist ihren Bündnissen und Freundschaften treu und wird ihnen weiter treu bleiben. Sie ist eine Friedenspolitik, aber sie ist keine Demokratiepolitik. Wer von Beck etwas anderes ermartet hatte, der hat sich in der Tat getäuscht. Es handelt sich für uns nicht um eine Prestigepolitik; denn unsere Haltung ist in allen Fragen sachlich begründet... Uns handelt es sich nur um das eigene Gewissen, vor dem wir uns tatsächlich dafür verantwortlich fühlen, was wir nach Maßgabe unserer Kräfte für das Wohl des Landes und das Staates tun. Wie bisher fürchten wir diese Verantwortung nicht.“

Polen und der Rigaer Pakt.

Das amtliche Organ der lettländischen Regierung, die „Tribna Sema“ beglückte die Ratifikation des Verständigungs- und Zulassungsvertrages zwischen Lettland und Estland, und sprach sich in einem optimistischen Artikel aus. Man brauche nun nicht mehr darüber zu trauern, daß von der ersten Beratung der baltischen Staaten in Kauen bis zum Abschluß des Paktes in Riga ganz viele Jahre vergangen seien. „Auch die härtesten Bäume wachsen langsam, dafür aber wurzeln sie tiefer und sammeln sich Kraft, um allen Stürmen und Unwettern zu trotzen. So mußte sich der Gedanke der baltischen Entente langsam und tief in die Herzen der drei Völker verwurzeln, damit der Baum der Zusammenarbeit stark und mächtig werde. Er muß so groß werden, daß die Wölke der Veten, Eiten und Sitauer sich unter seinen Zweigen stets blicken und wohl fühlen können, während er nach einer richte Krone, die es fort werden wird, vereint sein zu leben und beginnen muß, sich mehr Freunde zu suchen (Sinnland)... Es tauchen immer neue politische Kombinationen auf; und wenn jeder der baltischen Staaten wie bisher auf sich allein gestellt wäre, denn könnten sie leicht alle drei zu Objekten im politischen Spiel fremder Mächte werden...“

Hier ist einer der Gedanken, die zum Abschluß des Rigaer Paktes geführt haben, in etwas bilderreicher Sprache deutlich ausgedrückt worden: der engere Zusammenhalt soll die drei kleinen Staaten nach Möglichkeit in der Lage bewahren, in allen wichtigen Abhängigkeiten in einem gewissen Grade selbständig zu sein. In Riga hat man dabei nicht allein an Sowjetrußland gedacht. Im Kauen hat man gewiß Deutschland und Polen im Auge gehabt, und in Riga hat man wohl geglaubt, alle drei Mächte in gleichem Maße fürchten zu müssen. Riga nimmt nicht ohne Stolz für sich in Anspruch, der stichtliche Schöpfer des baltischen Bündnisses zu sein: „Ein Symbol liegt darin“, schreiben J. B. die „Debeka Tribidi“, daß die Unterzeichnung gerade in unserer Hauptstadt stattfand. Lettland nimmt geographisch und politisch einen zentralen Platz unter den baltischen Staaten ein. Wir sind die natürlichen „Mittelpunkt“, denn wir sind im Zentrum verbunden mit uns „Blutsbrüder“, sagt, mit den Ethen ein „Waffenbündnis“.

Das Selbstbewußtsein in Riga, Kauen und mit dem Abschluß des Paktes anscheinend erheblich gestiegen. Man ist dort davon überzeugt, in sehr wirkungsvoller Weise in die große europäische Politik eingegriffen zu haben. „Die baltischen Staaten stellen jetzt ein geeintes politisches Territorium dar. Unser spezifisches Gemüt ist größer geworden. Wir meinen nicht daran, daß die Entwicklung der Dinge daraus nicht der Mächte, maner Staaten entspricht.“ Riga bedeutet das gemeinsame außenpolitische Anstreben, vorausgesetzt, daß es so funktioniert, wie es beabsichtigt ist — für die drei Staaten eine gewisse Kräftigung ihrer politischen Stellung. Aber so weit gehen die erhofften günstigen Auswirkungen des Paktes wohl doch nicht, daß die baltischen Staaten nur völlig selbständig, ohne Anlehnung an eine größere Mächtegruppe in der europäischen Politik herumirrischthaben können. Sie werden immer, wenn sie sich J. B. die „Debeka“ Polen durchsetzen wollen, gezwungen sein, eine gewisse Rücksichtung an

Sowjetrußland zu suchen. Und sie werden, je stärker sie sich gegen irgendwelche Bindungen an ihre großen Nachbarn auflehnen, um so engere Beziehungen mit Frankreich und England aufnehmen müssen. Jede Anlehnung an eine Großmacht bedeutet aber für sie zugleich auch eine mehr oder weniger weitgehende Abhängigkeit.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß sich in dem Pakt vorerstehende Zusammenarbeit nicht auf die litauischen Staaten beschränkt. Für Lettland und vor allem für Lettland bedeutet dieser spezielle Konflikt des litauischen Bundesgenossen nach wie vor eine Belastung. Vorerst hat es den Anschein, daß der polnische Einfluß, der sich vor allem in Reval gefestigt hatte, durch den Rigaer Pakt wieder um ein beträchtliches Stück zurückgebrängt worden ist. Und in Riga nimmt man offenbar an, daß diese Schlappse seiner baltischen Politik Vorhau dazu veranlassen werde, sich in Zukunft weniger hartnäckig den Pakt-Abhängigen der französischen Diplomatie entgegenzustellen. Aber man sollte sich in den baltischen Hauptstädten doch nicht allzufröhlich darauf verlassen, daß Polen wegen des letzten Mißerfolges seine nordöstlichen Pläne ein für allemal aufgeben wird. Für Polen hängt das Wilna-Problem unloslich mit der baltischen Frage zusammen. Wenn der Rigaer Pakt dazu führt, daß sich die litauische Haltung in der Wilnafrage wieder versteift, dann bleibt ihm schließlich nichts anderes übrig, als das Funktionieren dieses Paktes nach Möglichkeit zu überbinden. Für Polen wird die Aggressivität der Sitauer, die nach wie vor in aller Offenheit die Besetzung ihrer „baltischen Hauptstadt“ von Polen verlangen, um so unerträglich sein, je mehr es zu einer Zusammenarbeit dieses unruhigen Nachbarn mit den beiden anderen baltischen Randvölkern kommt. In der Wilnafrage wird der Rigaer Pakt einmal seine Verwährungsprobe ablegen müssen.

Winterhilfswort des Deutschen Volkes	<p>Winterhilfswort des Deutschen Volkes</p> <p>Postscheckkonto</p> <p>BELIEN 77100</p> <p>Deutscher Post</p>	Winterhilfswort des Deutschen Volkes
--------------------------------------	---	--------------------------------------

Das deutsche Schillergymnasium in Posen.

Vor kurzem wurde in Posen das deutsche Schillergymnasium eingeweiht. Es handelt sich um keinen eigentlichen Neubau, sondern nur um allerdings umfangreiche Um- und Umbauten, mit denen bereits i. J. 1931 begonnen worden war. Das Schillergymnasium ist heute neben den beiden großen deutschen Gymnasien in Graudenz und Königsbühle (Ghorzow) eine der modernsten Schulbauten Polens. Das Gymnasium ist in seiner baulichen Anlage einfach, zweckmäßig und geblieben. Es ist weder eine der alten Reformen noch eine der überkommenen Schulfabriken, weder ein unfürsorglicher Kolben noch ein prunkvoller Palast. Dabei ist aber alles vorhanden, was eine überlebende Schule nur aufweisen kann. Da sind z. B. die Physik- und Werkunterrichtsräume, die jeder Unversität Ehre machen würden. Jeder Arbeitstisch, der für höchstens drei Schüler bestimmt ist, hat Gasleitung und elektrischen Strom. Außer dem Schülerarbeitsraum gehören zur physikalischen Abteilung noch ein Vorbereitungsraum für den Lehrer, eine Werkkammer mit Hochspannungsanlage und zwei Sammlungsräume. Ähnlich ist die Chemieabteilung eingerichtet, die auch eine geräumige Dunkelkammer besitzt. Für den Werkunterricht besitzt das Gymnasium einen 150 Quadratmeter großen Arbeitsraum; dieser enthält u. a. Werkzeug zur Dampfschweiß-, Metall- und Glasbearbeitung, eine kombinierte Band- und Kreisfräse, mit Fräser und Langlochbohrer, eine Schleif-, Polier- und Drehmaschine für Metall, zwei Drehbänke für Holz und eine für Metall, einen Kompressor, die der Schmiede und die Glasbläsebrenner mit Luft versieht, und einen Schweißapparat. Neben der Werkstätte befindet sich ein Materialraum, ein Raum für den Lehrer, wo die Werkbühnen und Ausstellungsarbeiten der Schüler untergebracht sind. Ferner weist die Schule einen naturkundlichen Arbeitsraum mit Vintergarten auf, besondere Erdkunde-, Musik- und Zeichensäle, Turnhallen mit Umkleide- und Wäschräumen. Die meisten Arbeitsräume besitzen ihren eigenen Projektionsapparat. Die Klassen weisen keinen die Schüler ablenkenden Wandbesatz auf.

Dafür sind aber die Sture und Treppenaufgänge mit guten Bildern geschmückt, u. a. mit Aufnahmen aus dem Posenen Lande. Die Lehrerschaft hat einen besonderen Erfolg, in dem neben den wichtigen pädagogischen Werken etwa 50 verschiedene Zeitschriften ausliegen. Das Gymnasium besitzt eine eigene Schulbibliothek, die nach den neuesten Erfordernissen der Bühnentechnik eingerichtet ist. Ferner gibt es ein schön ausgestattetes Kamerabüro für die Schüler und ein Heim für die Mädchen. Der Schulhof besitzt eine gedeckte Wandelhalle, die es den Schülern ermöglicht, auch bei Regen die Pausen im Freien zu verbringen. Neben diesen Besonderheiten sind natürlich auch noch alle die Räume und Einrichtungen vorhanden, die jede Schule aufweisen hat.

Das Schillergymnasium, das in seiner Einzigartigkeit ein Denkmal der Zusammenarbeit und Opferbereitschaft des Posenen Deutschtums ist, ist losgelagert, daß es der deutschen Jugend nicht nur ein Lehrbetrieb, sondern eine wirkliche Heimstätte sein kann. Das ist gerade für eine Schule inmitten einer fremdenationalen Umgebung besonders notwendig. Wenn das Gymnasium lo sichlichen Wert auf die Pflege des Werkunterrichts legt, so ist das nur zu begrüßen. Denn mehr und mehr hat sich in den einflussreichen Kreisen gerade der jüngeren Generation des Deutschtums in Polen die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine soziale Umwälzung der Völkergemeinschaft notwendig ist, daß sie, wenn sie nicht von vornherein voll, einer Beschränkung der nur geistig tätigen und einer Verbreiterung der marktlichen Schichten bedarf. Die starke Betonung des Werkunterrichtes ist geeignet, in dieser Richtung zu wirken, und sie wird auch noch beitragen können, daß sich die Gebildeten, die aus einer solchen Schule mit ausgiebiger Berücksichtigung handwerklicher Fertigkeiten herorgeht, enger mit den anderen Schichten des Volkes verbunden fühlen wird, als es bei den „Gebildeten“ im allgemeinen der Fall zu sein pflegt, die einen rein auf geistiges Training abgestellten Unterrichtsbetrieb alten Stiles durchgemacht haben.

Offland-Woche.

Die Wahlen in Danzig.

Für die Kreiswahlwahlen, die am 18. November in den Kreisen Großes Werder und Danziger Wiedering stattfinden, sind fünf Wahlkreislösungen eingerichtet worden; um nur für beide Kreise von der NSDAP, der sog. christlich-nationalen Volksgemeinschaft (Zentrum und Deutschnationale), der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei. Um Kreise Großes Werder kommt als fünfte noch eine politische Liste hinzu. Für die Oppositionsparteien ist es nicht leicht gewesen, die ausreichende Zahl von Unterschriften für ihre Wahlvorschlüsse zusammenzubringen. Die sog. christlich-nationale Liste des Kreises Danziger Wiedering hatten ursprünglich 62 Personen unterzeichnet. Davon zogen 9 ihre Unterschrift wieder zurück. Unter der sozialdemokratischen Liste hatten zunächst 38 Namen gefunden. Davon wogen 23 Unterschriften wieder zurückgezogen. Die betreffenden Unterschriften geben dabei abweisende Erklärungen ab, daß sie die Zurückziehung ihrer Unterschriften freiwillig und nicht unter Druck vorgenommen haben. Der Vorstand des Wahlausschusses stellte auf Grund eingehender Prüfung und auf Hand eines angeforderten Gutachtens des Deutschen Gemeindefages und der Rechtsabteilung des Senates fest, daß der sozialdemokratische Wahlvorschlüsse unzulässig ist. Erob dieser Rechtslage empfahl der nationalsozialistische Wahlkommissar die Zulassung der sozialdemokratischen Liste. Für die kommunistische Liste lagen im Kreise Großes Werder 54 Unterschriften vor. Bei diesen wurde festgestellt, daß sie z. T. nicht ordnungsgemäß zuhande gekommen waren. Auch in diesem Falle bewies der nationalsozialistische Wahlkommissar im Einvernehmen mit der Rechtsabteilung über die Rechtsbestimmungen weit hinausgehendes Entgegenkommen. Er ließ die nachträgliche Anberung und Ergänzung des kommunistischen Wahlvorschlages zu. An sich hätte es die Regierung in der Hand gehabt, sowohl die sozialdemokratische wie die kommunistische Liste zu kassieren. Sie hat es nicht getan und damit eine Großzügigkeit bewiesen, wie man sie im umgekehrten Falle wohl niemals erlebt hätte. Dieses Verhalten der nationalsozialistischen Regierung widerlegt einseitig alle Behauptungen über eine angebliche Behinderung der Wahlfreiheit, die von der marxistisch-zentramlich-bürgerlichen Opposition ausgesprochen werden.

Von insgesamt 109 Gemeinden des Landkreises Großes Werder finden Kommunalwahlen in 102 Gemeinden statt. Davon besteht in 80 Gemeinden eine einzige Einheitsliste der NSDAP. In Dieckel sind zu der Wahl der Gemeindevertretung zwei politische Listen eingerichtet worden, und zwar vom Verband der Polen und der Gmina Polka (Polnische Gemeinde). Außer in der Stadt Liegenhof ist im Kreise Großes Werder noch je eine politische Wahlhilfe für die Gemeindevertretungen in folgenden Ortschaften aufgestellt worden: Kallhof, Kl. Moutau, Ciejsau und Simonsdorf.

Die Frage der Staatskommissare in Danzig.

Das Danziger Obergericht fällt in einer für die Innenpolitik der Freien Stadt sehr wichtigen Frage am 7. November eine die Haltung der Regierung rechtserhellende Entscheidung. Es handelte sich darum, ob die Entlassung eines Staatskommissars in der Stadt Danzig zulässig oder unzulässig gewesen sei. Die Frage war durch ein Verfahren vor dem Danziger Arbeitsgericht aufgelöst worden. Dort hatte ein Kläger in einem Verfahren gegen die Stadt Zoppot die Befassung des Staatskommissars Kemp angezweifelt, im Rahmen der Stadt Zoppot verantwortliche Entscheidungen zu treffen, die nur dem Magistrat bzw. der Stadtverordnetenversammlung zukämen. Das Arbeitsgericht hatte sich dieses Standpunktes angeschlossen, der, wenn er zu Recht bestünde, außerordentlich weitreichende Folgerungen hätte haben müssen, da dann alle Maßnahmen nicht nur des Zoppoter Staatskommissars, sondern auch zahlreicher vom Staat eingesetzter Kommissare in anderen Gemeinden im Gebiet der Freien Stadt Danzig unzulässig geworden wären, — wobei zu bemerken ist, daß eine ganz Reihe von Kommissaren bereits von der Regierung Ziehen eingesetzt worden waren. Das Danziger Obergericht hat nun festgestellt, daß die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom Juli 1933 an sich berechtigt war, in Gemeinden, in denen ein besonderer Notstand herrschte, der auf anderem Wege nicht beseitigt werden konnte, Staatskommissare einzusetzen. Insofern seien also die Maßnahmen der Regierung verfassungsmäßig gerechtfertigt und das Urteil des Arbeitsgerichts zu aufzuheben. Es handelt sich also nun noch um die weitere Frage, ob in Zoppot ein solcher Notstand vorhanden gewesen ist. Diese Entscheidung hat das Obergericht nicht getroffen, sondern die Angelegenheit wieder an das Arbeitsgericht zurückzugeben lassen, dem die eigentliche Entscheidung nun wieder in voller Schwere zufällt.

Czarneci verläßt Danzig.

Das polnische Mitglied des Danziger Volksrates, Ing. Erasmus Czarneci wird Danzig verlassen. Er ist nun Vertreter des Danziger Hofensauschusses im „Büro der polnischen Häfen und der polnischen Staatsbahn in Prag“ ernannt worden. Der Dolmetscher seit einiger Zeit unbesetzt. Czarneci hat als „Polenführer in Danzig“ früher eine Rolle gespielt. Er war der Leiter der „Gmina Polka“ und kam als deren Vertreter in den Volksrat. Die „Gemeinde“ hat ihre frühere Bedeutung als Vertreterin der polnischen Volksgruppe in Danzig verloren. An ihre Stelle ist der „Bund der Polen im Freistaat Danzig“, der unter der Leitung des anderen polnischen Volksratsabgeordneten, Dr. Morawski, steht, getreten. Czarneci räumt jetzt der „Gemeinde“, was natürlich nicht als eine Schwächung des Polentums in Danzig aufgefaßt werden kann.

Ein Heer wird ausgewiesen.

Der jüdische Redakteur der marxistischen Danziger „Volksstimme“, Hirschfeld, der die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit besitzt, und seine Kompilien, die Reichsdeutsche Vera Berlow, sind am 10. November als lästige Ausländer aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgewiesen und über die Grenze abgedrängt worden. Durch politische Unterstellungen wurde einmündig erwiesen, daß der Jude Hirschfeld, der in Danzig große Freiheit genoss und an der Heftigkeit der marxistischen „Volksstimme“ regen Anteil nahm, mit ausländischen Emigrantenzentralen in Prag und London händlich in Verbindung stand und durch Grenzübertritte über den Ärmelkanal die angeblichen unbilligen Zustände in Deutschland und Danzig verortete. Hirschfeld war der Verfasser und Verbreiter von Übelmeldungen über Mißhandlungen von Juden, Folterungen von Gefangenen und überfalls auf linksgerichtete Organisationen, die sich in Danzig angeblich abgespielt haben sollten. Er schickte keine Briefsendungen mit dem Grenzmaterial an die Dekabreder Franz Pokorny, Pragha, Karlin, Paletkeho 24, unter welcher Firma die marxistische Emigrantenzentrale in Prag ihren Sitz hat. Es wurde ferner unter seinen zahlreichen staatsfeindlichen Akten ein von ihm verfaßter Entwurf einer Proklamation „Der Kampf um die Volkshegemonie in Danzig“, vorgefunden. In dieser Schrift wird zur gemeinschaftlichen Befreiung der nationalsozialistischen Regierung aufgerufen.

Der deutsche Gruß in Polen.

Einige deutsche Frauen polnischer Staatsangehörigkeit hatten in Dirschau durchkommende deutsche Kreisfahrerin mit dem Ausruf „Heil Hitler“ begrüßt. Sie waren dafür im Verwaltungsamt mit empfindlichen Geldstrafen belegt worden. Das Bezirksgericht hatte diese Strafe bestätigt mit der Begründung, das Verhalten der „Ingeklagten drücke „übelwollen und Veringschätzung gegenüber dem polnischen Staate“ aus und beweiße die Verbundenheit mit einer „polenfeindlichen Bewegung“. Das Oberste Gericht in Warschau hat diese Begründung nicht begünstigt. Es hat das Urteil der Dirschauer aufgehoben und die deutschen Frauen freigesprochen.

Ein merkwürdiger Gemeindevorsteher.

Der Gemeindevorsteher von Gogolow im Kreise Rybnik (Ost.-S.) hat mehrere deutsche Ortsbewohner durch Drohungen vom Bezug der „Kottowitzer Zeitung“ abgehalten. Er hat sie wissen lassen, daß er ihnen bei der nächsten Kontrolle der Gesundheits- und Ordnungskommission „besondere Beachtung“ schenken werde, wenn sie die deutsche Zeitung beziehen. Diese „Sorge“ des polnischen Gemeindevorstehers um die Gesundheit der Ortsbewohner ist zum mindesten sehr unangebracht. Es ist eine der hundertelei Arten, mit denen Sag für Sag im kleinen und im großen an der Polonisierung des Deutschtums in Polen gearbeitet wird.

Deutsche Schule gesperrt.

In Reichow, einer deutschen Siedlungsgemeinde in Galizien, wurde am 15. Juni d. J. der Unterrichtsbetrieb von den polnischen Schulbehörden gesperrt. Das Schulgebäude sowie die vorhandenen Lehrmittel entsprachen nicht den behördlichen Anforderungen. Nun kommen aus dieser deutschen Siedlung Klagen, die Behörden hätten ihr Unterrichtsverbot für die dortige deutsche Schule noch immer nicht aufgehoben, trotzdem die beanstandeten Mängel längst beseitigt wurden, wozon sich eine eigens dazu angesehene behördliche Kommission überzeugt hat.

Ungesicherte Deutschlands und polnische Presse.

Unlängst veröffentlichte die deutschen Zeitungen die Nachricht von der Entdeckung eines Steinschriftortes bei Döberitz, unweit Potsdam. Bei den Arbeiten zur Errichtung des Olympiastadions war man auf ungesicherte Steinschriften gestoßen, deren Untersuchung ergab, daß es sich um einen Sündenbuhl von Steinzeitleuten handelt. Seine Urhebernehmer kann man als Angehörige des indogermanischen Urvolkes ansehen, das von Mittel- und Nordwestdeutschland ausgehend sich um Ende der Steinzeit (etwa 2000 v. Chr.) über Europa, ja nach Persien und Indien ausbreitete und deren historische Vertreter in den heutigen germanischen, slawischen und romanischen Völkern vorliegen.

Die polnische Presse hat diese Sündenbühlung aufgespürten, aber in einem Sinn wiedergegeben, der Widerspruch hervorhebt. Der „Kampf Wienski“ brachte die Meldung am 28. Oktober d. J. unter dem Titel: „Berlin auf dem Boden des Slawentums. Sensationelle archäologische Entdeckungen: Es sind dies die ältesten slawischen Ausgrabungen.“ Der polnische Verfasser hat damit den Dingen etwas angehängt, was über das zulässige Maß des wissenschaftlich berechtigten hinausgeht, nämlich einen slawischen Charakter der bei Döberitz gemachten Steinschrift, die etwa 4000 Jahre alt sind. Wir dürfen nicht zugunsten der polnischen ungesicherten Sachforschung annehmen, daß sie solche Entdeckungen „wissenschaftlich“ nicht deckt, sondern, der Wahrheit halber, gleich mit der deutschen Forschung darin übereinstimmt, daß Germanen und Slawen nicht eine gemeinsame Urvolker, nämlich indogermanischen, entkommen, die in Mitteldeutschland lag, daß aber die Zelle der eigentlichen Slawen in Westrußland zu suchen ist und nicht in Deutschland.

Der polnische Minderheitenvertrag vor dem Unterhaus.

Zu dem Vorstoß, den Polen während der Septembertagung des Riksdages gegen den Minderheitenschutzvertrag von 1919 zu erneuern hat, hat der angesehene Staatssekretär des Äußeren, Großjustizminister Eken, in sehr eindringlicher Weise Stellung genommen. Er wurde im Unterhaus von einem Abgeordneten gefragt, ob Polen trotz der Erklärung des polnischen Außenministers Deak noch an die Verpflichtungen des Vertrages von 1919 gebunden sei. Eken gab folgende Antwort: „Polen ist weiterhin in dieser Frage durch die Bestimmungen des Artikels 93 des Vertrages von Versailles, durch den Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan und Polen, der am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet wurde, sowie durch darauf folgende, von Polen angenommene Entschlüsse des Völkerbundrates gebunden.“ Die Drohe, was praktisch stärker ist, die polnische Weigerung, mit den Minderheitentagen des Völkerbundes zusammenzuarbeiten, oder die Weigerung der Weltmächte, diese Erklärung anzuerkennen, ist freilich bisher noch nicht gemacht worden. Und voraussichtlich werden sowohl Polen wie die Andern es möglichst vermeiden, es auf eine solche Probe ankommen zu lassen.

Der Marschall und die Klerikalen.

Die klerikale Presse in Polen hat viel Aufhebens von einem Besuche des Ätheministers Piarres Jangolowicz bei Marschall Pilsudski gemacht. Jangolowicz ist der Erzbauer der klerikalen Kreise im Warschauer Unterrichtsministerium. Seine gemäß nicht leichte Aufgabe ist es dort, die Wünsche der katholischen Kirche gegenüber den freigeistigen Regierungskreisen und Ausschüssen zu vertreten. In letzter Zeit sollen sich im Unterrichtsministerium eine Menge „dringlicher Beschwerden“ angesammelt haben, in denen immer wieder über den mangelnden Eifer der Behörden und der Lehrerschaft in kirchlichen Dingen geklagt wird. Die Klerikalen möchten ansehend eine Säuberung der polnischen Lehrerschaft von den freigeistigen Elementen und deren Erhebung durch würdevollere Söhne der allein selig machenden Kirche. Man kann es der Regierung nicht verdenken, wenn sie sich solchen Wünschen gegenüber zurückhaltend zeigt. Denn sie weiß ganz genau, daß die kirchlichen Kreise, die sie so sehr um das Seelenheil der polnischen Jugend besorgt sind, zugleich die Träger der parteipolitischen Opposition sind. Die Regierung würde sich selbst schaden, wenn sie die freigeistigen ausan der klerikalen Elemente zurücksetzen würde. Es ist nicht anzunehmen, daß die Aktion Jangolowicz viel Erfolg haben wird. Alle Regierungen, die es in Polen seit 1926 gegeben hat, haben sich im Sinne einer deutlichen Scheidung von Staat und Kirche betätigt. Sie haben ihre Aufgabe nicht darin gesehen, den polnischen Einfluß der katholischen Kirche auf die Staatsaffäre zu fördern. Sie haben sich nicht gerade im kirchenfeindlichen Sinne betätigt, aber es aus beharrlich abgelehnt, der Kirche als Vorposten zu dienen. Klerikal heißt so viel wie nationaldemokratisch. Es ist lächerlich, wenn Marschall Piłsudski verlangt, daß er sich kirchenfeindlich verhalten oder die klerikalen Aktivitäten fördert. Die katholische Kirche hat sich dem Staate zu fügen, nicht umgekehrt. Das zum Seelenheil eine bestimmte politische Einstellung notwendig ist, vermag die Masse der Bevölkerung in Polen ebensowenig zu glauben wie in anderen Ländern.

Der römische Klerus hat ein Mittel, das er bei der Regierung auszuhebeln kann, um sich das Gebiet zu verschaffen: Die ukrainische Frage. Die polnische Sache in Ostgalizien steht nicht zum Welfen. Sie kann sich vielleicht besser durch ein reines Zusammengehen mit der römischen Kirche, durch eine gemeinsame Aktion zur Katholisierung von Poleninnern, der Ukraine, Ostpolens, etc. heilt, doch die Errichtung einer katholischen Staatsform in Stanislaw, der fidei-fiduciarischen Woiwodschaftswirtschaft Polens, bevorzucht. Dieses Diktum, das vom Obersten Erzbischof abgelesen werden soll, ist eine alte Forderung der polnisch-katholischen Kreise, die ihre Polonisierungspolitik in diesem zu über $\frac{1}{2}$ von Ukrainern besiedelten Gebiete mit Hilfe der katholischen Kirche zu vertiefen wünschen. Stanislaw ist der Sitz eines arabisch-orientierten, also ukrainischen Woiwods, und zugleich der Sitz der deutschen eozonalischen Anstalten Dr. Jöcklers, des Superintendenten der Eozonalischen Kirche auswärtsigen Bekennnisses, die in den letzten Jahren aus in zunehmendem Maße im ukrainischen Volkstum Fuß gefaßt hat.

Rundfunkberatung für die Auslandsdeutschen.

Am 10. November hat der Warschauer Sonder anlässlich der Feier der Unabhängigkeit Polens eine besondere Rundfunkübertragung für die Auslandsdeutschen verbreitet. In dem Programm der vom Weltbund der Auslandsdeutschen organisierten Übertragung war vorgesehen: Ansprache des Präsidenten des Weltbundes der Auslandsdeutschen, Marschall Rakickiewicz, Darbietungen eines Chores der polnischen Auslandsdeutschen, die sich zu „Studienreisen“ in Polen aufbieten, sowie Ansprachen von Vertretern der polnischen Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, der polnischen Argentinien, Brasiliens, Kanadas, Chinas, Australiens, Frankreichs, Dänemarks, Belgiens, Lettlands, Deutschlands, Ruminiens und der Tschechoslowakei.

Bürokratische Volkstumsbestimmung in Estland.

Die estländische Regierung hat ein Gesetz über die Bestimmung der Volkzugehörigkeit fertiggestellt, das in der folgerichtigen Vergewaltigung der freien Volkstumswahl bisher wohl kaum seinesgleichen hat. Mit dem Grundsatze, daß jeder selbst darüber zu entscheiden hat, wozum Volkstum er sich zuzählen, in welche Schulen er seine Kinder schicken will u. s. w. in diesem Gesetz grundsätzlich gebrochen. Der Bürokratie wird das Recht gegeben, die Volkzugehörigkeit der estländischen Staatsbürger auch gegen den Willen der Betroffenen zu bestimmen. Vor Inhalt des Gesetzes ist folgend:

Staatsbürger ist die Mutter oder deren Vater oder Großvater im Väterlichen Erblande eine Landgemeinde geführt wurden, werden als dem estnischen Volkstum zugehörig betrachtet, wenn nicht gegenteilige Beweise vorgebracht werden oder wenn es sich nicht etwa um solche Landgemeinden handelt, in denen eine nationale Minderheit die Bevölkerungsmehrheit bildet. Diese Gemeinden werden durch eine besondere Verfügung des Innenministers bestimmt. (Das bedeutet), daß einige Tausend Menschen deutscher Volkzugehörigkeit, die als Gutsbesitzer oder Sortenangehörige, als Wiener, Kaufleute, Beamte, Rechtsanwältler oder sonstige Berufstätige in einer überwiegen estnischen Landgemeinde wohnen oder einmal gewohnt haben, kurzerhand zu Esten deklariert werden. Staatsbürger, die auf vereinfachte Weise die estländische Staatsbürgerhaft erhalten haben, weil sie geltend machten, sie seien estnischer Abstammung, werden als zum estnischen Volkstum zugehörig betrachtet, auch wenn sie später das Volkstum einer Minderheit als ihr Volkstum angegeben haben.

Falls die Eltern eines estländischen Staatsbürgers verschiedener Nationalität sind, werden die Kinder zum estnischen Volkstum gezählt, wenn der Vater zum estnischen Volkstum gehört. (Auch diese Bestimmung bedeutet für die deutsche Volkgruppe in Esten einen erheblichen Verlust an Menschen). Wenn die Mutter zur estnischen Nationalität gehört, so gilt als Volkstum

der Kinder auf Grund einer Übereinkunft zwischen den Eltern entweder das Volkstum des Vaters oder der Mutter. Wenn eine Übereinkunft nicht zustande kommt, so gelten die Kinder als zum Volkstum des Vaters gehörig. Lebte aber der Vater, so gelten die Kinder als zum estnischen Volkstum gehörig. (In zahlreichen Fällen, in denen der Vater ein Deutscher und die Mutter eine Estin ist, wurden schon bisher die Kinder estnisch erzogen; diese Kinder wird sich unter dem Druck des Gesetzes zweifellos noch verstärken. Eine Frau estnischer Abstammung, die mit einem Deutschen verheiratet war, verliert mit dem Tode ihres Mannes oder mit der Scheidung nach dem Gesetz offenbar das Recht, ihre Kinder im Volkstum ihres Mannes zu erziehen).

Unabhängig von dem Volkstum der Eltern gelten als dem Volkstum der Mutter zugehörig Findelkinder, die ohne weiteres als estnisch, (deutsche Pflegekinder sind also ausgeschlossen). Über 18 Jahre alte Staatsbürger, die einer nationalen Minderheit angehören, können als ihr Volkstum das estnische oder das Volkstum ihrer Eltern bestimmen. Ein Staatsbürger, der einmal als sein Volkstum das estnische festgesetzt hat, kann sein Volkstum nicht ändern. (Das bedeutet, daß wohl ein Deutscher zum estnischen Volkstum übertreten kann, aber kein Este mehr seine Volkzugehörigkeit zugunsten des Volkstums einer nationalen Minderheit aufgeben darf — wenigstens solange er estländischer Staatsbürger ist).

Ein Staatsbürger, der beim Austritt aus dem Volkstum der Nationalität einer Minderheit vertrieben ist, werden bei seiner Änderung ihres Volkstums auf dem in diesem Gesetz vorgesehenen Wege oder bis zum Austritt aus der Kulturpflegeverwaltung als zugehörig zu dieser Minderheit betrachtet. Bei Austritt aus der Kulturpflegeverwaltung wird bei Bestimmung der Nationalität nach Grundlage des vorliegenden Gesetzes vorgegangen. Als Minderheit im Sinne des Gesetzes gelten die deutsche, russische und schwedische Volksgruppe, ferner diejenigen Volksgruppen innerhalb der Grenzen des estnischen Staates, deren Gesamtzahl im Staatsgebiet 3000 übersteigt.

Litauische Zustände.

Schweine, die sich im Besitz von Litauern befinden, werden jenseits der Memel bevorzugt behandelt. Das heißt, ihre Besitzer waren sie an die staatlich unterhaltene Gesellschaft „Aliausis“ verkaufen. Staatsbürgerliche Schweine zu kaufen, die das Recht haben, einem Litauer zum Eigentum zu haben, werden bei der Gesellschaft „Exportas“ bezogen, wenn sie ihre Speckseiten an den Mann bringen wollen. Außerdem müssen diese politisch vorbelasteten Tiere erst eine Art Schönheitskonkurrenz überleben, wobei sie eine gepflegte Haut und völlige Freiheit von Tauen vorweisen müssen. (Auf: deutsch gefärbte Memelländer können ihre Schweine nur schwer und nur zu schlechten Preisen absetzen. Großtaunisch gefärbte Elemente werden beim Verkauf ihrer Vorstufen bevorzugt. Sie erhalten bei der Gesellschaft „Aliausis“ bessere Preise, während sich die deutschen Memelländer bei der schlechter zahlenden „Exportas“ um den Absatz ihrer Schweine bemühen müssen. Da auch diese Gesellschaft ihnen in der Regel die Ware nicht direkt abnimmt, müssen sich die Deutschen meist zwischer Vermittler begeben, bei denen dann natürlich ein nicht unerheblicher Teil des von der Gesellschaft geforderten Kaufpreises hängen bleibt. Überdies werden die von den deutschen Bauern angebotenen Tiere einer stinkigen Kontrolle unterzogen. So kommt es vor, daß Tiere, die völlig belanglose Schönheitsfehler, z. B. beim Transport abgebelegte Hautstellen, aufweisen, zurückgewiesen werden. Einem Bauern wurden zwei Mastschweine nicht abgenommen, weil man bei einem der Käse hinter einem Ohr entdeckte. Die memelländischen Bauern, die diese Praxis schon gefordert werden, haben sich daran gewöhnt, von „Kraatsfeindlichen“ und „Kraatsfreundlichen“ Schweinen und von „Schönheitskonkurrenzen“ zu sprechen und zum im übrigen zu der Überzeugung gekommen, daß die litauischen Behörden mit der — freilich notwendigen — großlitauischen Entlohnungsaktion bei den Schweinen anfangen wollen.

Das Bestreben des illegalen Direktorsiums Reissigs, unter allen Umständen großlitauisch in einflussreiche Amtsstellen im Memelgebiet zu schieben, um „regieren“ zu können, wird weiter fortgesetzt. Seit der Ernennung des litauischen Vorkonsulats von Schwarzopf zum Amtsvorsteher ist ein neuer Fall geschaffen worden, nach welchem ein litauischer Staatsbürger zugleich Beamter des Memelgebiets geworden ist. Außerdem liegt die Entlohnung der deutschen Vorbesitzer eine grobe Verletzung der Gesetze dar, wonach die Amtsvorsteher nur auf dem Wege eines Militärverfahrens und nicht durch einen Willkürakt ihres Amtes entbunden werden dürfen. Ein weiterer „Großtat“ Reissigs ist die Verurteilung vier junger Memelländer zu vier Jahren Zuchthaus. Sie sollen den Versuch gemacht haben, das litauische „Freiheitsdenkmal“ in Memel zu zerstören. Die Zümpfung im Volk ist um so größer, als der Dummjungenstreich, bei dem nur einige Blumen zerstört wurden, in keinem Vergleich steht zu den Taten der großlitauischen Denkmalshänder, die seinerzeit die beiden deutschen Denkmäler befestigten.

Die Litauer wollen im Memelgebiet einen Rundfunksender errichten. Was Rauner Verkehrsministerium soll, dem „Vielesno“ (Lied) zufolge, die Genehmigung hierzu bereits erteilt haben. Zur Zeit werden die von ausländischen Baufirmen gemachten Angebote geprüft. Deutsche Angebote, die wohl auch nicht vorliegen, werden nicht berücksichtigt. Vermutlich wird der Sender in der Nähe von Memel-Stadt errichtet werden, um Memel und Vorort gibt es 2400 Rundfunkabnehmer, im übrigen Memelgebiet 600.

Die deutsche Schule in Dilmitzken, die staatliche Rechte genöß, ist jetzt in eine litauische Schule umgewandelt worden. Was litauische Unterrichtsministerium hat dem Literat durch den Schulinspektor mitteilen lassen, daß die deutsche Sprache als Lehrsprache künftig nicht mehr gestattet ist. Diese Schule besteht seit 1840. Die Verträge, die zu litauisieren, haben bereits vor sechs Jahren eingeseht. Wäher daß der einmütige Widerstand der Elternschaft diese Verträge immer wieder verbinden konnte, bis namentlich der Versuch des Ministeriums der deutschen Schule das Weiterbestehen unmöglich gemacht hat.

Ein deutschstämmiger Abiturient eines litauischen staatlichen Gymnasiums beantragte beim litauischen Außenministerium um Ausreisepaß nach Deutschland, wo er an einer tierärztlichen Hochschule studieren will. Obgleich in Litauen eine solche Hochschule nicht besteht, wurde ihm das Ausreisepaß ohne Angabe von Gründen verweigert.

Das litauische Kriegsgericht verurteilte unter Ausschluß der Öffentlichkeit zwei litauische „Angehänger“ wegen Ermordung eines politischen Gegners zu 1000. Es handelt sich um ein Verbrechen aus dem Jahre 1929. Die beiden Verurteilten waren seinerzeit vom ostpreussischen Bezirk zusammen mit dem litauischen ständischenführer Pleškaitis, der seinerzeit mit Hilfe der polnischen Regierung in Wilna geschäftig gegen den litauischen Staat intrigierte, wegen Verbrechens gegen das deutsche Sprengstoffgesetz zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden. Pleškaitis plante mit seinen Angehörigen einen Anschlag auf den damaligen Ministerpräsidenten Wolodmaras. Er wurde aber in Deutschland zusammen mit fünf Helfershelfern, die alle schwer bewaffnet und mit Sprengstoff ausgerüstet waren, auf dem Wege nach Litauen verhaftet. Die beiden jetzt zum Tode Verurteilten waren nach Betätigung ihrer Strafe in Deutschland wieder nach Litauen gekommen, um neue Terrorakte auszuführen.

Samstag, den 18. November:

Eintopfgericht!

Die Estländisch-Deutsche Volksnationale Vereinigung.

Unter der volltönenden Bezeichnung „Estländisch-Deutsche Volksnationale Vereinigung“ wurde im Oktober d. J. in Reval eine neue deutsche Organisation aus der Gasse geboren. Obwohl aus ihrer Zusammensetzung sich eine „einige Anzahl“ von einer solchen handelt es sich offenbar — an sich obwohl ich und insbesondere der Revaler Volksgruppe des Revaler „Gedächtnisblattes“ entgegenentgegengesetzte, erfolgte die vereinstimmige Eintragung glatt und reibungslos auf Verfügung des Innenministeriums. Der deutsche Charakter des neuen Vereins sollte keinen Zweifel begangen, zumal die Gründungsversammlung in den Räumen des Schwarzbüchertisches stattgefunden hat, das als das Deutsche Haus Revals bekannt ist, und weil der Begründer und nummehrige Vorsitzende der langjährige innenpolitische Schriftleiter der Revaler deutschen „Estländischen Zeitung“ Siegmund Klau ist. Ein wenig befremdend wirkt zunächst aus das Fehlen des Wortes „Estland“ in der Vereinsbezeichnung, da in die deutschen Volksgruppen der baltischen Staaten sich stets als „Balten“ oder auch „Deutsch-Balten“ zu bezeichnen pflegen und auch ihrer Volksgenossen in der ganzen Welt unter diesem Namen bekannt sind. Die „Estländische Zeitung“ hat von der neuen Vereinigung in einer kurzen redaktionellen Notiz Kenntnis genommen und über Zweck und Ziele sowie Gründungsversammlung in summarischer Form berichtet. Aus den Sätzen geht hervor, so schreibt die Zeitung, daß der Verein die geistige und wirtschaftliche Förderung seiner Mitglieder als seine Aufgabe betrachte, insbesondere aber die Pflege einer nationalen und volkstümlichen deutschen Besinnung, die Bekämpfung ständischer und berufständischer Vorurteile, die Ausbreitung der deutschen Sprache und des deutschen Lebens, die Förderung der Einkehrung und die Förderung der Kenntnis des estnischen Volkes und seiner Eigenkultur innerhalb des estländischen Deutschums. Wie lesen weiter, Herr Klau habe auf der Gründungsversammlung erklärt, er und seine Freunde wären zum Entschluß gelangt, den neuen Verein ins Leben zu rufen, da das Deutschum Estlands sich in einer Lage befände, die nicht nur einzelne Stellen oder Rechte, sondern das völkische Dasein des Ganzen als gefährdet erscheinen lasse.

Zur Überwindung dieser Gefahr wolle der Verein viererlei erreichen: erstens die soziale Umgestaltung des estländischen Deutschums, zweitens die Schaffung einer „wirklich lebendigen und handlungsfähigen Volksgemeinschaft“, drittens die Vereinigung des Verhältnisses zwischen Deutschum und Staat, sowie zwischen Deutschum und Estentum und viertens die zur Lösung der drei ersten Aufgaben die Vorbereitung bildende innere Umstellung und Erneuerung des Deutschums. Den Weg dazu erblickt der Redner nicht etwa in einer verneinenden Kritik der Verhältnisse, sondern im „einen aller drei oben erwähnten Aufgaben“. Die Vereinsarbeit, von der sich der Gründer die Lösung so vieler und so hoher Aufgaben verspricht, soll einem weiteren Referat zufolge in folgende drei Sparten aufgeteilt sein: weltanschauliche Schulung, Zusammenfassung und gemeinschaftsgestobende Erziehung der deutschen Jugend und soziale Arbeit, so insbesondere ein ständiger Arbeitsdienst. In Parenthese sei bemerkt, daß ein deutscher Arbeitsdienst in Estland nur deshalb noch nicht besteht, weil die baltische Erneuerungsbewegung hierzu nie die staatliche Genehmigung erhalten konnte. Eine Stellungnahme der „Estländischen Zeitung“ zu den deklarierten Zielen und Zwecken der neuen Vereinigung ist bisher nicht erfolgt, obgleich seit der Gründung mehrere Wochen verstrichen sind. Ebenso wird man in den Spalten des Revaler deutschen Blattes öfters nach Berichten über die weitere Tätigkeit der „Volksnationalen Vereinigung“ forschen. Sollte man diese auf den ersten Blick etwas befremdende Zurückhaltung des einzigen Revaler Deutschum Presseorgans zu einer anheimelnden bedeutsamen deutschen Neugründung auf Schwierigkeiten mit der estnischen Zensurbehörde zurückzuführen, so wird man durch das fast gänzlich Schweigen der „Rigischen Rundschau“ eines anderen belehrt, da in Rigä derartige Rückblicke nicht bestehen. Die von jeder nur in einem sehr lockeren Zusammenhang mit dem Valentium ihres Landes lebende „Rigische Post“ dagegen, die oftmals mehr den Eindruck eines „Kriegens-Blattes“ macht, als den eines Presseorgans der baltischen Volksgruppe, bringt die Nachricht von der neuen Gründung in Reval in großer Aufmerksamkeit.

Der Schlußer um die „Volksnationale Vereinigung“ wird vollends gelüftet, wenn man sich in der estnischen Presse umsieht. Die Zeitung der sich nationale Mittelpartei betitelnden liberalistisch eingestellten und extrem chauvinistischen estnischen Intellektuellenclique, „Postimees“, in deren Spalten man auf eine auch nur halbwegs objektive Berichterstattung über deutsche Dinge bisher nie hoffen konnte, läßt sich über die „Volksnationalen Vereinigung“ in einer Weise aus, die völlig ungewohnte Motive des Wohlwollens in der „Deutschlands“ Richtung des Blattes bingewirft. Schon die Artikelüberschrift „Sind Umbrüche in den Welt und in der Deutschum?“ Es wurde ein Verein der dem estländischen Staat gegenüber loyal eingestellten Deutschen gegründet“ läßt trotz des Fragezeichens hinter dem ersten Satz erkennen, wobei der Wind weht. Die dem neuen Verein erteilte gute Zensur wird durch die perfide Insinuation der Allegorität aller nicht dem „Volksnationalen Verein“

beigetretene Deutschen dem eigenen Vesperepublikum schmackhaft gemacht. In seinem Artikel magt der „Postimees“ u. a. die einigermassen überhörende Feststellung, das Deutschum Estlands sei bisher von „Estnischen“ „Postimees“ „und den „Volksnationalen Vereinigung“ durch die starke Hingung zum Rationalismus sich erklären lassen. Soweit möchte doch wohl der „Postimees“ sich den Rationalismus unterrichtet sein, daß Adol und Großkapitalismus nicht gerade zu den eigentlichen Förderern und Stützen dieser neuen Weltanschauung zu rechnen sind. Das estnische Volk tröstet sich indessen über den „höhen Geist“, der im Deutschum Estlands stark ist, sehr bald durch den Hinweis, daß es in dieser Volksgruppe stets sehr verschiedene Strömungen gegeben hätte und auch eben noch gäbe. So auch eine demokratische Bewegung, die von jeder eine „logischer“ Zusammenarbeit mit dem estnischen Staat angestrebt hätte. Diese Bewegung würde von jetzt an, so meint das Blatt, in Gestalt der neuen Vereinigung selbständig in Erscheinung treten. Demnach müßte die bisher im Deutschum herrschende Richtung, deren Verhältnis zum Staat noch Unlust das „Postimees“ vield zu wünschen übrig ließ, an Bedeutung verlieren. Der „Postimees“ meint, nur eine völlige geistige Umstellung, wie sie die Gründer der „Vereinigung“ wünschen, könne das baltische Deutschum retten.

Es ist ein erstaunliches Maß an menschlicher Kurzsichtigkeit und unbeherrschbar liberalistischem Dünkel dazu nötig, um heute noch mit solchen Hoffnungen herzutreten, wie wir sie beim „Postimees“ antreffen. Wenn auch die Freude des estnischen Blattes über eine Spaltung des Deutschums angelehnt der vollenmäßigen und weltanschaulichen Bedeutungslosigkeit der neuen Vereinigung wenig bemerkt, so ist die Sache um so gefährlicher, man könne ernstlicheren nur über ein Gebilde von der Art der „Volksnationalen Vereinigung“ zu einem Ausgleich mit dem baltischen Deutschum gelangen. Denn der „Postimees“ zeigt sich wohlunterrichtet, wenn er die Vereinigung als Fortsetzung einer ehemaligen demokratischen Gruppe unter den estländischen Deutschen anspricht. Gemeint ist damit offensichtlich die „Jungdeutsche Brüderhilfe“ die in den Jahren um 1928 herum in Reval eine große Betriebsamkeit entfaltet hat. Die Brüderhilfe hat sich indessen stets an der Peripherie der Volksgruppe bewegt, ohne je für das Ganze von Belang gewesen sein. Die Brüderhilfe war, ähnlich dem „Jungdeutschen Orden“ im Reich, eine liberalistisch-demokratische Angelegenheit mit einem nationalen Ausschüßgebild. Etwas anderes ist auch die neue Vereinigung nicht, die jetzt an die Stelle der nicht zuletzt durch den nachgehenden Einfluß des baltischen Rationalismus selig entschlossenen Jungdeutschen Brüderhilfe getreten ist. Auch die eingangs mitgeteilten Ziele der „Volksnationalen Vereinigung“, die sich im Programm einer jeden wahrhaften Erneuerungsbewegung gut ausnehmen würden, sind kein Anlaß zur Überprüfung dieses Urteils. Ist es doch heute überall der Brauch geworden, demokratische Wahlen nicht nur mit einzelnen Wählern, sondern mit ganzen Verbänden aus dem Eidenwald der neuen Weltanschauung zu beschicken. Nimmermehr aber wird das Amtsergebnis der estnisch-Deutschen Volksnationalen Vereinigung einen Sieg erkämpfen, der nur den Samen der auf Adolf Hitlers Weltanschauung ausgerichteten baltischen Erneuerungsbewegung weinken kann. Rts.

Wir laden ein zu einer

Gedächtnisfeier

am Totensonntag,

25. November, abends 6 Uhr,

in der Reuen Kirche

am Gendarmenmarkt, U.-Off. Friedrichshab, Ausgang Charlottenstraße.

Die Feier soll dem Gedächtnis der gefallenen Kameraden des Weltkrieges und des ostpreussischen Grenzkampfes sowie all der Lieben, die in der uns entziffenen Heimat ruhen.

Die Gedächtnispredigt hat in dankenswerter Weise Pfarrer E. Gürtler, freier Mathäiengemeinde Posen, übernommen. Es wirken mit der Mäurerchor „Mojart“, Charlottenburg, unter Leitung seines Chorleiters Adolf Gehmert. Der Eintritt ist frei.

Kostenlos folgen der Feier werden am Eingang der Kirche abgegeben.

Bund heimattreuer Posener.

